

# Der Gemeindearbeiter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-Kreis- und Provinzial-Betrieben  
 Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands  
 :: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Er erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis  
 Durch die Post bezogen vierteljährl. 1.50 Mk.

Fernsprecher N. 8538  
 Redaktionsschluss Montags  
 Schluss vor Erscheinen d. Blattes

Anzeigenpreis für die viergespaltene Zeile 20 Pf.  
 Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pf.

No 14

Cöln, den 13. Juli 1918.

VI. Jahrgang.

## Die Schranke ohne Ende.

Eine schließliche Verbesserung der Lebenshaltung hatten wir schon im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege in jedem Jahre zu verzeichnen. Jeder, der etwas zu verkaufen hatte, verlor bei jedem Anlaufe nur sich einer Extrawort berechnung. Würden die Steuern auf Grund einer Erhöhung um 2 Pfg. heraufgesetzt, nach demselben Besatze der Handel die Gelegenheit, nur mindestens das Doppelte auf den Preis zu schlagen. Der Produzent bemühte dann die eigenen Verkaufspreise innerhalb der zu seiner Breite zu erhöhen, wiederum mit dem Resultate, daß der Konsument auf diese Preiserhöhung aufgebracht bekam. Immerhin auch diese Preistreiberer eine gewisse Grenze in der gegenwärtigen Konkurrenz der Produzenten und Händler untereinander.

Dieser Regulator machte aber versagen, sobald die Nachfrage das Angebot von Waren wesentlich überstieg. Bei einzelnen Warengruppen setzte dieser Zeitpunkt im ersten, im anderen im zweiten und dritten Kriegsjahre ein. Wer im Mittel dazu beizug, konnte die wichtigsten Waren für den Lebensmittel, ein, ohne Rücksicht auf den Preis, die Preise wagen immer mehr an. Bestehende Mittel wurden um das zehn bis zwanzigfache des Zeitungspreises und des eigentlichen Gebrauchswerts, ohne doch sich die Produktionskosten auch nur annähernd entsprechend erhöht hätten. „Ausnutzung der Konjunktur“, „Geschäftserfahrung“, „Wohlfühlens“, „Hebervorteilung“, „Gewinnkonflikte“, die anderen Gefahren. Die Existenz der breiten Volksmassen geriet in Gefahr, und hätte nicht der Staat durch Beschlagnahme wichtiger Lebensmittel und Festsetzung von Höchstpreisen eingegriffen, schon längst wäre Deutschland in diesem Jahre um seine Existenz als Volk und Nation eingingen und untergebrochen. Es soll gewiß nicht verkant werden, daß durch die getroffenen behördlichen Maßnahmen manche dieser realen selbständigen Existenz zusammenbrechen mußte. Was bedeutet schließlich der wirtschaftliche Zusammenbruch eines Einzelnen, ja eines ganzen Standes, gegenüber der Gefahr, die einem ganzen Volke drohte?

Unabhängig, wenn auch widerstrebend, fanden sich Handel und Konsumenten, die Verände nach Einführung des freien Handels, wie aufgebend mit der behördlichen Verwaltung. Da so harter aber letzten die Verände die amtlichen Höchstpreise immer mehr hinauszusetzen, ein „Preis-Verbot“, welches am leichtesten von allen Lebensmitteln in die Hand zu bringen ist, unabh. nicht mit dem er-

wünschten vollen Erfolge. Vor dem Kriege betrug der Durchschnittspreis für eine Tonne (20 Zentner) Weizen im Großhandel 217,80 Mk., im Jahre 1917 der amtliche Höchstpreis 290 Mk., wozu dann noch die Transportkosten von 20 bis 60 Mk. für die Tonne kommen. Für das Jahr 1918 wurden die Preise wieder erhöht um 35 Mk. auf 325 Mk. Die Roggenpreise standen 1914 auf durchschnittlich 183 Mk., 1917 auf 270 Mk., und nunmehr ist der Höchstpreis auf 365 Mk. festgesetzt. Hierzu kommt noch eine Transportprämie von 20 bis 120 Mk. pro Tonne, wenn das Getreide bis 1. Oktober abgeliefert wird. Die Erhöhung beträgt außer der Transportprämie bei Roggen 60 Prozent des Zeitungspreises. In Berücksichtigung dessen, daß der Anbau von Getreide die geringste menschliche Arbeit im Vergleich zu anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen erfordert und letztere um 200 bis 300 Prozent im Preise gestiegen sind, kann diese Erhöhung nicht durch die verteuerten Produktionskosten allein gerechtfertigt werden. Zu dieser Ueberzeugung kommt man mit so mehr, als verschiedene landwirtschaftliche Organe diese Erhöhung als vollständig unzulänglich einstufen. Nur die Rücksicht auf die Massen habe die amtlichen Stellen zu dieser „geringen“ Erhöhung bestimmt. Schließlich könnten sich die Verbraucher mit dieser einen Erhöhung abfinden, wenn nicht die eine die Ursache für die andere wäre. Die Getreidepreiserhöhung verteuert das Mehl um 2 Pfg. pro Pfund, aber bevor das Getreide in Form von Brot in die Hände gelangt, ist von diesen 2 Pfg., wie die Erfahrung zeigt, in den Zwischeninstanzen längst das Doppelte und Dreifache geworden. Mühlen, Bäckereien und Brotverkäufer werden ohne Zweifel diese Gelegenheit beim Schopfe nehmen. Hinzu kommt noch das Bestreben der landwirtschaftlichen Kreise, die Preise der übrigen Erzeugnisse nach dem Getreidepreis zu „regulieren“. Höhere Getreidepreise höhere Viehpreise höhere Futtermittelpreise, höhere Milchpreise höhere Zuckerpreise usw., mit dem Resultate, daß der Konsument nicht nur einen weiteren Zuschlag für das Brot, sondern auch für Fleisch, Fett, Butter, Eier, Zucker usw. zu zahlen hat. Der eine Keil treibt den anderen.

Man komme uns nicht mit dem Hinweis auf höhere Getreidepreise im Auslande. Ein derartiger Vergleich ist doch nichts anderes, wie ein schlecht gelungener Täuschungsversuch, da im Auslandsgetreidepreis die ganze Risikoprämie für den U-Bootskrieg enthalten ist.

Nicht nur stehen wir heute vor einer weiteren Preisvertuerung, höheren Lebensmittelpreisen im allgemeinen, sondern auch für die wichtigsten Bedarfsartikel flattert die

Preisstufe beruht in die Höhe, daß der Besitz vieler täglicher Gebrauchsgegenstände den unteren und mittleren Schichten nur noch ein frommer Wunsch sein kann. Der durch die Warenknappheit eingeschränkte Umsatz wird eben durch einen höheren Aufschlag auf das Vorhandene wettgemacht. So sind wir in der Preistrage zu einer Schraube ohne Ende gekommen, die man gebe sich an den maßgebenden Stellen ferner Täuschung hin, auch einmal brechen kann.

Drückende Gewitterwolke liegt heute auf den breiten Massen. Neben der gewaltigen Teuerung ganz besonders schwierige Verhältnisse in der Beschaffung der notwendigen Lebensmittel, die zur Kürzung der behördlichen Rationen geführt haben. Auf politischem Gebiete ein Wirrwarr sonder gleichen. Eine Gruppe im preussischen Landtage benimmt sich als wenn die Befestigung längst überlebten Vorrechte einer kleinen, aber einflußreichen Gruppe, zum Untergange von Staat, Kirche, Kultur und Religion führen müßte. Dabei schaut der Werbefuß, die Angst um die bisher bevorzugte eigene Stellung, an allen Enden heraus.

Die Beratungen über den Arbeitslohnsteuergesetzentwurf stoßen, oder nehmen einen Verlauf, der den Befürchtungen, es solle hier mit einer Lohnarbeitververtretung abgemacht werden, anscheinend Recht gibt.

Jeder Versuch der Arbeiterschaft aus dieser zum Teil unerträglichen Lage heraus zu kommen, wird mit Mißtrauen begaunet. Wie wird bei jeder Lohnbewegung unseren Kollegen und Kollegen in den meisten Städten, gerechnet und gezinkt, ob sich bei dem bisherigen Einkommen noch die allernotwendigsten Bedürfnisse besorgen lassen. Wenn hoch kommt, gewährt man durch allerley Zulagen einen Zuschlag von 50 bis 60 Prozent zum Friedenslohn, bei einer Verteuerung der Lebenshaltung um in höchstens 20 Prozent. Nur den zehnten Teil der Vornach, die man bei Lohnerböhrungen der Arbeiterschaft anwendet, bei Anstellung der Güdtdbreite für Lebensmittel und sonstige Waren angewandt, würden erträglichere Verhältnisse schaffen. Die Arbeiterschaft selbst aber, sollte sich durch regere Beteiligung an ihren Organisationen, den notwendigen Einfluß verschaffen, ohne dem wird sie zu fernem erträglicheren Verhältnissen kommen können.

### Eine neue Kriegsbeschädigten-Organisation.

Ein Verband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegsteilnehmer ist in Berlin unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Behrens gebildet worden. Die Neugründung hätte vermieden werden können, wenn die Bestehenden einerseits sich dem parteipolitischen Getriebe ferngehalten hätten und da, wo dies anscheinend der Fall ist, ein richtiges Verhältnis zu den Berufsverbänden hätten schaffen lassen, die doch in erster Linie auch die wirtschaftlichen Interessen der Kriegsbeschädigten wahrnehmen müssen. Daß dies nicht geschehen ist, ist nicht die Schuld der Berufsverbände. Die neue Organisation ist so aufgebaut, daß zwischen den Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmern und den zuständigen wirtschaftlichen und Ständesorganisationen ein zweckmäßiges Gegenseitigkeitsverhältnis hergestellt wird. An der Gründung sind beteiligt die christlichen Gewerkschaften, die Christ-Deutscherischen Gewerksvereine, mehrere Verbände der kaufmännischen und technischen Angestellten, einige Eisenbahnorganisationen und eine Anzahl Beamtenverbände, die katholischen und evangelischen Arbeitervereine usw. In der Spitze des Verbandes steht ein Vorstand, der aus Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmern gebildet wird. Ihm steht ein Hauptauschuß zur Seite, in dem die wirtschaftlichen Ständesorganisationen Vertreter entsenden.

Die Ortsgruppen sollen auf der gleichen Grundlage gebildet werden. In Berlin wird eine Reichsgeschäftsstelle errichtet, die eine Verbandszeitung herausgeben soll. Der Beitrag wurde auf 50 M monatlich festgesetzt. Auskunst erteilt der provisorische Vorsitzende des Verbandes Franz Behrens, Berlin W. 50, Prager Straße 34.

Gegen diese Gründung wird nun seitens der Sozialdemokratische Sturm zu laufen versucht. Jedenfalls wissen die Genossen ganz genau warum. Der von Berliner Genossen gegründete und geleitete Reichsbund versuchte unter dem Deckmantel der politischen Neutralität weite Kreise der Kriegsteilnehmer für sich zu gewinnen, um auch diese, genau wie es in den „neutralen“ „freien“ Gewerkschaften in den Arbeitertum, Radfahrer- und Gesangsvereinen geschieht, allmählich für die Partei zu gewinnen. Gegen die Kriegervereinsbewegung sollte ein Gegengewicht geschaffen werden. Nachdem dieser sein eingefädeltes Plan erkannt war, waren es die nichtsozialdemokratischen Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände ihrer eignen Ehre und den christlich und national denkenden Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmern schuldig, ihnen Gelegenheit zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen und sonstigen Interessen zu geben, ohne in ihren politischen, nationalen und religiösen Gefühlen verletzt zu werden.

Der Einfluß, der den Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in der Leitung des neuen Bundes eingeräumt ist, bürgt dafür, daß auch die Interessenvertretung der Kriegsverletzten bei Lohn- und Gehaltsfragen, bei Rentenverfahren usw. nicht in kleinem Partikularismus verfaßt, sondern in enger Verbindung mit der Vertretung der gesamten Ständesinteressen bleibt.

### Aus unseren Berufen.

Neuregelung der Teuerungszulagen in Freiburg i. Br. Mitte Mai machte der Stadtrat eine Vorlage an den Bürgerausschuß, worin unter Hinweis auf die anhaltende Teuerung und zur Verhütung von Notständen eine einmalige Teuerungszulage vorgeschlagen wurde. Danach sollen die Beamten, Lehrer an der Volksschule (einschließlich des Stadtschulrats und Rektors), die Stadtarbeiter und ständige städtischen Arbeiter erhalten:

#### a) einmalige Teuerungszulagen.

1. Verheiratete	200 M
für jedes Kind unter 16 Jahren, und wenn es sich noch in der Schul- und Berufsbildung befindet, unter 18 Jahren	20
2. Ledige	100
3. Am Heeresdienst stehende Verheiratete, wenn sie für Dienst tun und höhere Bezüge als die eines Gefreiten haben, für jedes Kind (Ziff. 1)	20
wenn sie bei Dienst tun und keine höheren Bezüge als die eines Gefreiten haben, oder wenn sie auswärts Dienst tun	100
für jedes Kind	20

#### b) monatliche Kriegszulagen.

Sie nach Ziffer 1 des Bürgerausschußbeschlusses vom 19. November 1917 genehmigten Kriegszulagen werden erbeten:

1. für verheiratete Beamte und Lehrer um monatlich	15
oder jährlich	180
2. für ledige Beamte und Lehrer um monatlich	7
oder jährlich	80
3. für Stadtarbeiter und ständige Arbeiter um täglich	50 Pf

Die sogenannten Kriegsteuerbetriften (Ziffer 2 des Paragrafenbeschlusses vom 19. November 1917) sollen unverändert bleiben.

Die neuen Anträge werden der Stadtkasse folgenden Aufwand verursachen:

- 1. einmalig 194 400 Mfr.
  - 2. fortwährend 183 000 Mfr.
- zusammen 378 000 Mfr.

Diese Zulagen sind mit Wirkung vom 1. Februar ds. J. bewilligt worden.

**Umordnung der Steuerzulagen in Joidau.** Auf unsere Eingabe um Erhöhung des Einkommens der städtischen Arbeiter in Joidau ging uns folgende Antwort zu:

Auf Ihre Eingabe vom 11. März d. J. teilen wir mit, daß der Rat auf Vorschlag der vereinigten Ausschüsse beschlossen hat, den städtischen Arbeitern und Arbeiterinnen vom 1. Januar 1918 folgende weitere Kriegsteuerzulagen zu bewilligen:

- den Vollarbeitern 15 Pfg die Stunde,
- den Nichtvollarbeitern (Frauen, Mädchen, Rentner, Jugendliche und sonstige Minderarbeitende) 10 Pfg die Stunde.

Die Minderzulage vom 1. Dezember 1915 und die Familienzulage vom 1. Juli 1916 wird verdoppelt, dagegen erhalten die Arbeiter des städtischen Elektrizitätswerkes und der Straßenbahn die 2½fache, die gelehrten Arbeiter der Gasanstalt das Doppelte für die bisher festgesetzten, den anderen Arbeitergruppen gegenüber niedrigeren Familienzulage vom 1. Juli 1915.

Überdies wird den Arbeitern des städtischen Elektrizitätswerkes und der Straßenbahn und den Gasanstaltsarbeitern die Minderzulage vom 1. Dezember 1915, die sie bisher nicht erhalten haben, nunmehr in einfacher Höhe gewährt. Die veränderte Berechnung ist nötig, um nunmehr alle städtischen Arbeiter in ihren Zulagen gleichzustellen.

Die Auszahlung der Zulagen erfolgt am nächsten Vohntage.  
Der Rat der Stadt Joidau.  
(1918.) Herrmann.

### Zus den Ortsgruppen.

**München, Staatsarbeiter.** In unserer letzten Versammlung erhielten wir den Bericht über die Behandlung unserer Petition. Dem zuständigen Ausschusse sei folgender Hinweis vorzulegen worden:

Die Kammer wolle beschließen, es sei an das Direktorium der Kammer der Abgeordneten das Ersuchen zu stellen, in Rücksprache mit dem St. Staatsministerium des Innern die Frage zu prüfen, ob nicht die von manchen Mitgliedern begehrte Gleichbehandlung der jeweiligen Aufnahme von unständigen Personal möglich zu machen sei. Inmitten der Voraussetzung, daß die die Landtagsversammlung einziehende Personal während der Zeit, in der der Landtag nicht versammelt ist, in den Ministerien oder in anderen Staatsbehörden Münchens als Arbeiter Verwendung findet.

Eine besonders günstige Aufnahme habe der Antrag im Plenum der Kammer nicht gefunden. Der Präsident von Fuchs habe die hinsichtlich bestehender Mißstände zum Teil zu beheben versucht. Auch habe er die so oft beliebte Fälsch verfolgt, durch Vergleich der Wünsche der Angestellten als unüberwindlich, welche unüberwindlich erscheinen zu lassen. Auf Antrag des Dr. Hammerbacher habe sodann die Kammer beschlossen, die Petition der Staatsregierung zur Würdigung hinüber zu geben. Ein positiver Erfolg ist der Petition bisher noch nicht zu sehen. Bestrebend wolle es, daß kein Abgeordneter, aus dem Hause, einmündlich der Sozialdemokratie, sich um Verwirklichung der berechtigten Wünsche der Kollegen angenommen habe.

Nunmehr bleibe nur noch der Weg offen, mit dem Ministerium zu verhandeln, in welcher Weise es geneigt ist, auf Grund der Eingabe unserer Petition zur Würdigung, dem Personal entsprechende Bewilligungen. Bei gutem Willen hätte auch das Parlament des Landtags in dieser Angelegenheit günstig verfahren können. Die finanzielle Seite dürfte

nicht die Hauptrolle spielen. Wenn auf Grund des ersten Antrags das nicht erreicht wurde, was notwendig gewesen wäre, so trage nicht der Verband, sondern andere Umstände die Schuld. Im übrigen müsse abgewartet werden, ob durch weitere Verhandlungen mit dem Ministerium und der Direktion nicht das eine oder andere noch erreicht werde. Die treuen Schwestern in der Organisation werde der Verband die Bitte unserer Petition so lange an den Landtag bringen, bis der Erfolg erreicht sei.

**Haben-Haben.** Wie überall, so hat auch hier der Krieg die Verhältnisse wesentlich verändert. Im äußeren Stadtbilde macht sich der Mangel an geübten Arbeitern, besonders Hämmern, stark bemerkbar, und wo es irgend anging, ist, sind Frauen an die Stelle der Männer getreten. So auch bei der Straßenbahn. In diesem Betriebe bestand vor dem Kriege eine schöne Ortsgruppe. Mit Kriegsbeginn mußten fast alle Kollegen den Soldatenruf annehmen. Des öfteren haben wir im Verbandsvorstand berichten können, daß sie wegen ihrer Tapferkeit mit besonderen Auszeichnungen bedacht wurden. Einige sind allerdings dem Heldentode anheimgefallen, während andere wegen erlittener Verwundungen zum weiteren Kriegsdienst untauglich, nunmehr wieder hier ihren Beruf nachgehen können. Eritenlicherweise entwickelt sich neuerdings wieder regeres Leben unter dem Personal. Das kam besonders in einer Versammlung zum Ausdruck, die am Sonntag, den 23. Juni, stattfand. Hier legte Kollege Dedering nach Köln in ausführlicher Weise den Bericht der Ortsgruppe dar und empfahl den Anwesenden eindringlich treues Zusammenhalten. In ausgiebiger Weise wurden dann die Wünsche des Personals besprochen, wobei namentlich die Kolleginnen ihrem Dingen Luft machten und bessere Bezahlung wünschten. Diese Wünsche wurden schließlich in der Weise zusammengefaßt, daß beantragt werden soll: 1. Gewährung der Führerzulage für die beamteten und ständigen Führer in gleicher Höhe und unter gleichen Bedingungen wie für die unständigen Führer; 2. Bezahlung der freien Tage an das im Arbeitsverhältnis stehende Personal; 3. Gewährung eines Erholungsurlaubs an das im Arbeitsverhältnis stehende Personal; 4. Lohnerhöhung für Führerinnen auf 60%, für Schwesterninnen auf 50% die Stunde. Es ist jetzt Aufgabe des Personals, durch Einsatz und Geschlossenheit zu zeigen, daß es ihm fern ist mit der Durchführung dieser Forderungen.

**München, Aufsichtspersonal.** In der Versammlung am 13. Juni erhaltete Kollege Weiser Bericht über den Stand der Bewegung. Auf unsere Eingabe sei zunächst folgendes Schreiben empfangen: Auf Ihr Schreiben vom 24. April teilten wir Ihnen mit, daß das Deutsche Museum wie bisher auch künftig bereit ist, Wünsche, welche berechtigte Interessen seiner Angestellten betreffen, anzuhören und zu prüfen. Wir haben versprochen, daß zunächst die nötigen Unterlagen zur Prüfung der in Ihrem Schreiben mitgeteilten Vorwürfe beschafft und werden sodann auf Ihren Brief zurückkommen. Vergeblich habe man auf die Antwort gewartet und auch ein neues Schreiben an die Direktion gerichtet, in dem um einen endgültigen Bescheid ersucht wurde. Dieser Endbescheid aber lautet: „Ihr geschätztes Schreiben vom 29. v. Mts. haben wir erhalten und teilen in Abwesenheit unseres Vorsitzenden mit, daß die Angelegenheit inzwischen durch ein Schreiben an unser Aufsichtspersonal erledigt wurde.“ Das hier erwähnte Schreiben aber bedeutet, wenn auch unter vielen höflichen Redewendungen eine Ablehnung fast aller Forderungen. Versicherungen, daß eine angemessene Lebenshaltung unserer Angestellten nicht nur durch Gewährung entsprechender Gehälter, Zulagen und Unternehmungen, sondern auch durch besondere Maßnahmen, wie günstige Beschaffung von Lebensmitteln, Erleichterung eines Erholungsurlaubes, Beiträge zu besonderen Gelegenheiten, wie Krankeits- und Todesfälle oder dergl. zu sorgen, herein und ja ganz am Ort, aber gebietet an den Kollegen dringend wichtig nicht. Wenn die Direktion dann weiter sagt: „Eine Bezahlung von Löhnen und Gehältern, wie sie in Mühlentrieben und dergleichen üblich sind, ist aus finanzieller Hinsicht nicht möglich, als wir seit Kriegsbeginn ohne rechtliche Verpflichtung große Unternehmungen an unsere im Mühlentrieb befindlichen Angestellten und deren Familien bezahlen“, dann habe ebenfalls Danken, Gehälter und Löhne, die einen besonderen strebsamen Darstellen, haben wir gar nicht verlangt, sondern nur eine den heutigen Lebensverhältnissen angepaßte Entlohnung, die das Personal wegen der besonderen Verhältnisse abzufragen dürfte das Deutsche Museum auch heute noch in der Lage sein. Wenn es finanziell in der Lage ist, gewis auch und auch menschliche Wohlfahrt zu bringen, in der Lage,

